



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Dr. Franz Rieger, Peter Winter, Martin Bachhuber, Petra Dettenhöfer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Max Gibis, Hans Herold, Dr. Martin Huber, Alexander König, Harald Kühn, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Reserl Sem, Klaus Stöttner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Keine Ausweitung von Eurozone und Schengenraum

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Plänen des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zu einer raschen Ausweitung von Eurozone und Schengenraum entschieden entgegenzutreten und sich weiterhin für den Schutz der Außen- und Binnengrenzen einzusetzen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Begründung:

Den Vorschlägen des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker in seiner Rede vom 13.09.2017 zur Lage der Union 2017 („Den Wind in unseren Segeln nutzen“) kann in der jetzigen Lage nicht zugestimmt werden. So ist der Vorstoß einer Ausweitung von Eurozone und Schengenraum mit aller Entschiedenheit abzulehnen; dieser läuft v. a. auch den bayerischen (Sicherheits-)Interessen zuwider.

Europa stellt sich seit Jahren den Herausforderungen einer zu schnellen Ausweitung sowohl der Eurozone als auch des Schengenraums. Weder in der Eurozone noch im Schengenraum erfüllen alle Staaten die geltenden Voraussetzungen.

Die Euro-Krise ist bislang nicht überwunden. Das Beispiel Griechenlands zeigt, dass Europa erst am Anfang einer finanziellen Gesundung steht. Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens zum jetzigen Zeitpunkt würde den Euro abschwächen. Es besteht Eignigkeit, dass der Euro von wirtschaftlichen Kriterien getragen sein muss.

Die europäischen Außengrenzen sind bis heute nicht lückenlos gesichert. Es gibt Länder, die nicht fähig oder gewillt sind, ihre Außengrenzen ordentlich zu schützen. Um dem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis vieler Menschen gerecht zu werden und um die Bevölkerung zu schützen, bedarf es neben einem wirksamen Schutz der Außengrenzen daher auch weiterhin der wieder eingeführten Binnengrenzkontrollen. Eine Ausweitung in der jetzigen Situation und unter den aktuellen Gegebenheiten ist nicht zielführend und gefährdet letztlich die Sicherheit der europäischen Bevölkerung.